Nummer 331 Halle, Freitag, den 24. November 1922 57. Jahrgang
Einzelpreis: Zehn Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 190.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 190.00, in den Ausgabestellen abgeholt 0 ark 180.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 12.00, im auswärtigen Verkehr M ark 15.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 40.00 im Ortsverkehr und Mark 50.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bankkonto Reinhold Stecknor, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 29815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Clemenceaus Mißerfolg in Amerika.

Das machtgierige Frankreich durchschaut / Vorbereitungen für Brüssel / Kritische Stimmung in Lausanne / Vor dem Vertrauensvotum für das neue Kabinett.

Eine kalte Dusche im Senat.

Paris, 24. November. (Eig. Drahtmeldung.) Im amerikanischen Senat kam es gestern zu einem Protest gegen das Auftreten Clémenceaus in Neuyork. Senator Hitchlock erklärte, daß Frankreich keinen ungeeigneteren Vertreter hätte entsenden können als Clémenceau. Wohl gelte er als nicht so militaristisch wie Poincaré und ander Franzosen, aber er sei doch der Vertreter einer scharfen Politik gegenüber Deutschland. Diese Politik müsse aufgegeben werden, wenn wieder Ruhe in Europa einziehen solle. „Was ich zu sagen wünsche", erklärte der Redner, „ist, daß es für die Vereinigten Staaten ein unüberwindliches Hindernis zu einer Zusammenarbeit mit Frankreich gibt, solange diese französische Politik gegenüber Deutschland bestehen bleibe. Ich habe keinen Haß gegen Frankreich und keine allzu große Liebe für Deutschland. Frankreich, so glaube ich, wünscht eher, daß Deutschland nicht imstande ist, seine Zahlungen zu leisten, als daß es wirtschaftlich und kommerziell stark genug werde, zu zahlen. Deutschland ist eine Republik, aber Frankreich treibt es zu einer gegensätzlichen Politik. Der Redner bezeichnete die schwarzen Truppen am Rhein als eine Herausforderung Deutschlands und sagte: Wir können unsere moralische Unterstützung nicht einer Nation geben, die eine Politik des Militarismus und der fortwährenden Eroberungen betreibt.

*

Washington, 23. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Einbruch, den Clemenceau bis jetzt wenigstens jenseits des Ozeans mit seinen lügnerischen Phrasen hervorgerufen hat, scheint nicht gerade überwältigend zu sein. Seine geistige Rede ist in amerikanischen Regierungskreisen sehr kühl aufgenommen worden. In Erwiderung auf Clemenceaus Hetzpropaganda und seine Forderung der Annexion des Rheinlandes mit amerikanischer Hilfe sagt Longuet, die Wegnahme des Rheinlandes würde nur den Samen zu einem neuen Kriege legen. Vernünftige Franzosen wünschten Amerikas finanzielle Hilfe, nicht aber das Rheinland. Senator Borah erklärte, Clemenceau sei am meisten verantwortlich für das gegenwärtige Elend in Europa, er habe die schlimmsten Bestimmungen in den Versailler Vertrag eingefügt, und am heftigsten sich den amerikanischen Bemühungen um Verbesserung widersetzt. Clemenceau ist von Neuyork nach London abgereist.

Fortgang der Lausanner Verhandlungen.

Lausanne, 24. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die gestrige Sitzung der Orientkonferenz war angefüllt mit Erklärungen und Aeußerungen Ismed Paschas über die in den vorhergehenden Sitzungen aufgeworfenen Fragen und Antworten Venizelos. Ferner wurde eine Unterkommission eingesetzt, die sich mit dem Plane der Anlegung einer entmilitarisierten Zone an der ostthrazischen Grenze entlang beschäftigen soll. Sie soll auch in Verbindung mit dem bulgarischen Verlangen auf einen Zugang zum Aegäischen Meer die Frage der Errichtung einer Verwaltung des Hafens von Dedeagatsch und der Verkehrslinie dorthin prüfen. — Ismed Pascha erklärte Journalisten, daß er eine Zusammenkunft mit Lord Curzon und Barrere haben werde, in der, wie er hofft, die westthrazische Frage endgültig entschieden werde.

Der Glaube an eine Einigung in den Verhandlungen der Lausanner Konferenz hat sich vorläufig wieder verflüchtet. Das Ergebnis der Sitzungen hat die Bildung einer Einheitsfront der großen und kleinen Entente gegen die türkischen Forderungen zur Folge gehabt. Die Vertreter Serbiens, Bulgariens, Griechenlands und Rumäniens haben eine Zusammenkunft, in der eine Art Vorbereitung eines Balkanbundes gegenüber dem türkischen Programm zustande kam. Worowski, der als Vorbote der russischen Abordnung in Lausanne weilt, erklärte einem Mitarbeiter des „Excelsior", daß Rußland die türkischen Forderungen ausnahmslos unterstütze. Rußland könne nicht zulassen, daß die Meerengen unter eine Kontrolle des Völkerbundes kommen. Die Frage der Meerengen kann nur von sämtlichen Uferstaaten des Schwarzen Meeres gelöst werden. Im übrigen, sagte Worowski, beabsichtigen wir, in Lausanne nicht nur Orientfragen zu behandeln.

Neue Instruktionen für Bradbury.

London, 24. November. (Eig. Drahtmeldung.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" hat Sir John Bradbury von der englischen Regierung den Auftrag erhalten, die Forderungen Frankreichs in der Reparationsfrage bis zur äußersten Möglichkeit zu unterstützen.

Mussolini in den Bahnen Poincares.

Paris, 23. November. (Eig. Drahtmeldung.) Mussolini ist gestern abend von Lausanne abgereist, um nach Rom zurückzukehren. Am Bahnhof nahmen Lord Curzon und Barrere von ihm Abschied. Mussolini sagte zu den anwesenden Journalisten, daß Italien auch in der Reparationsfrage seine Stimme hören lassen werde. Deutschland, so fügte er hinzu, kann und muß bezahlen, und Italien wird auf die Seite derer treten, die das verlangen. Er bestätigte, daß er die Absicht habe, sich mit Lord Curzon und Poincaré zu einer Vorbesprechung vor der Brüsseler Konferenz zu treffen, um die gemeinsame Haltung der Entente in der Reparationsfrage vorzubereiten. Nach einer Meldung des „Popolo d'Italia" soll Mussolini beabsichtigen, auch an der Eröffnung der Brüsseler Konferenz persönlich teilzunehmen, um den italienischen Standpunkt in der Frage der Wiedergutmachung zusammen mit derjenigen der interalliierten Schulden zu vertreten.

Rom, 23. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die römischen Blätter bezweifeln die Richtigkeit der Meldung, daß die italienische Regierung, indem sie auf volle Einigkeit und Einheitlichkeit der Beschlüsse der Verbündeten in allen noch schwebenden Fragen besteht, vor allem eine energische Aktion gegen Deutschland im Sinne habe.

Morgan und das Reparationsproblem.

Es ist bekannt, daß die Reparationskommission vor ihrer Entscheidung über die neuen Berliner Vorschläge gerne die Finanzsachverständigen der Alliierten hören wollte. Unter ihnen ist Morgan einer der gewichtigsten. Er weilt gegenwärtig in London. Auch Poincaré wollte sich gerne mit ihm vor der Brüsseler Konferenz aussprechen. Das wird nun in diesen Tagen nicht möglich sein, weil Poincaré in Lausanne weilt und Morgan am Freitag dringend die Rückreise nach Amerika antreten muß. Aber er hat Poincaré wenigstens mitteilen lassen, daß eine Unterredung nur dann einen Zweck habe, wenn der französische Ministerpräsident bereit sei, dem Moratorium für Deutschland nicht zu widersprechen. Diese Mitteilung entspricht durchaus den früheren Bekundungen Morgans, daß eine größere internationale Anleihe für Deutschland nur möglich sei, wenn die Mark stabilisiert, die Inflation aufgehalten und die Höhe wie die Zahlungsweise der deutschen Verpflichtungen endgültig festgesetzt würde. Dazu aber ist notwendig, daß Frankreich in ein längeres Moratorium willigt. Erklärt sich Herr Poincaré im Gegensatz zu seinen dramatisierenden Kammerreden mit einem Moratorium einverstanden, so ist Herr Morgan bereit, jederzeit auf Wunsch wieder nach Paris zu kommen und die früheren Verhandlungen fortzuführen.

Das neue Kabinett vor dem Reichstag.

Berlin, 24. November. (Eig. Drahtmeldung.) Reichskanzler Cuno stellte heute dem Reichstag das neue Kabinett vor und führte weiterhin aus: Die neue Reichsregierung steht nicht auf der breiten parlamentarischen Basis, die man auf Grund des zu erörternden Programms, zu dem 5 Fraktionen dieses Hauses einheitlich Stellung genommen hatten, erwarten durfte. Meine Mitarbeiter und ich bedauern dieses auf das lebhafteste, weil wir der Ueberzeugung sind, daß in den uns bevorstehenden Zeiten nur eine völlig einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte uns vor dem schwersten Unheil bewahren kann. Dazu berufen, auf dem durch die Verfassung gegebenen Boden der republikanischen Staatsform die Regierung des Reiches zu führen, hätten wir es begrüßt, wenn Mitglieder der größten Fraktion dieses Hauses sich zur aktiven Mitarbeit am Kabinett bereit gefunden hätten. Das ist uns versagt geblieben. Wohl aber können wir mit aller Aufrichtigkeit betonen, daß wir vom ersten Augenblick unseres Zusammentritts der Hoffnung Raum geben, es möge zum besten unseres Landes zu einer der Gesamtlage entsprechenden verständnisvollen Zusammenarbeit mit dem Kabinett kommen und es möge dieser Geist der positiven gemeinsamen Arbeit alle staatserhaltenden Kräfte auf einem Boden zusammenführen.

In der Hoffnung hierauf ist es mir wertvoll, daß dem Kabinett eine Angah von Mitgliedern dieses Hauses angehört. Dabei kommt es nicht darauf an, wie man auf Grund dieser Zusammensetzung das Ministerim parlamentarisch technisch bezeichnen will, sondern das ist das wesentliche, ob das Kabinett in seiner Zusammensetzung Ihre Zustimmung findet. Diese Arbeit ist klar und schwer. Unser Deutschland, das der Menschheit so viele Werte der Gesittung, Gesinnung und der Ausprägung besten Menschtums gegeben hat, soll im Umkreis gleichberechtigter Völker wieder ein sich selbst bestimmender aus eigner Kraft und eigenem Recht lebender Staat werden. Nach Außen in jenem Einklang des nationalen Selbstbestimmungsrechtes mit dem gleichen Recht der anderen Völker, der allein den dauernden Frieden der Menschheit verbürgt, nach Innen ein Staat einer auf Leistung begründeten Wohlfahrt, guter deutscher Gesittung und Kultur, des sozialen Friedens und der Freiheit des religiösen Bekenntnisses. Der Weg zu diesen Zielen ist weit, viel weiter als er drängender Ungeduld erscheint. Heute ist die Frage der Erfüllungsmöglichkeit und ihrer Grenzen geklärt. In Cannes, in Genua und später überzeugten sich die Vertreter der Alliierten in der Reparationskommission, daß die Deutschland auferlegten Lasten unerschwinglich sind. Sachverständige von Gläubigerseite wie aus neutralen Ländern fanden sich in der Anerkennung der gegenwärtigen Leistungsmöglichkeit in eingehender Darlegung ihrer Gründe zusammen.

Heutiger Stand des Dollars 7044!

Die Haltung der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Rheinische Zeitung bestätigt, daß in der Sitzung der Reichstagsfraktion, die den Eintritt in die große Koalition ablehnte und beschloß, sich an einer Regierung mit den bürgerlichen Parteien nicht zu beteiligen, eine beträchtliche Minderheit gegen diesen Beschluß ankämpfte. Dem Bericht, den einer der Reichstagsabgeordneten darüber in jenem Blatt veröffentlicht, entnehmen wir folgende Stellen:

„Der entscheidende Beschluß, der den Austritt aus der Reichsregierung bedeutet, ist in unserer Fraktion, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, mit 84 gegen 48 Stimmen gefaßt worden. Diese Veröffentlichung ist ein Bruch der Vertraulichkeit unserer Sitzung, in Wahrheit war das Stimmenverhältnis noch etwas anders. Die Zahl der Fraktionskollegen, die, so schwer es ihnen auch fiel, zur Verhütung von Schlimmerm das Regierungsexperiment mit der Volkspartei wagen wollten, hat sich innerhalb weniger Tage fast verdreifacht. Zahlreiche Mitglieder konnten nicht in Berlin anwesend sein, sonst würden vermutlich die Stimmen in der Fraktion sich beinahe die Wage gehalten haben. Die Reichstagsfraktion hat lange und ernst in bewegter, aber kameradschaftlicher Aussprache um die Entscheidung gerungen.

Hauptsächlich waren es drei Gründe, die die Mehrheit unserer Fraktion in ihrem Verhalten bestimmten: die Anschauung, daß sich mit der Deutschen Volkspartei überhaupt nicht gemeinsam regieren lasse, die Befürchtung, daß die Arbeitermassen eine politische Arbeitsgemeinschaft mit der Volkspartei nicht verstehen würden und dadurch in einigen Gebieten Deutschlands die kaum vollzogene Einigung mit den Unabhängigen in Gefahr kommen könnte, und endlich daß man sich einer Diktatur der bürgerlichen Parteien nicht fügen dürfte. Die Minderheit stellte der Mehrheit, deren gute Beweggründe voll zu würdigen sind, folgende Erwägungen gegenüber: Haben wir mit der Befürchtung recht, daß im gegenwärtigen Augenblick der Einfluß der Deutschen Volkspartei auf die Führung der Reichsgeschäfte verhängnisvoll werden kann, so haben wir die Pflicht, diesen Einfluß soweit wie möglich zurückzudrängen. Das gelingt uns zweifellos mehr, wenn im Reichskabinett ein volksparteilicher Minister vier oder fünf sozialdemokratischen Ministern gegenübersteht, als wenn drei oder vier Volksparteiler mit dem Zentrum und den Demokraten allein in der Regierung sitzen. Wenn die Arbeitermassen ein Zusammengehen mit der Volkspartei nur schwer begreifen können, so wird gerade vielen politisch weit fortgeschrittenen Arbeitern noch unbegreiflicher sein, daß wir nach der Einigung mit den Unabhängigen als einer Fraktion von 172 Mitgliedern unsern politischen Einfluß vermindern. Das Bedenklichste aber ist, daß wir gegen diese neue Regierung schwerlich in eine klare, entschiedene Opposition eintreten können, denn es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder diese Minderheitsregierung sucht sich ihre Mehrheit bei der Deutschnationalen Volkspartei, und wir ratifizieren damit in die schwerste Reaktion nach bayerischem Muster hinein mit unabsehbaren Folgen nach innen und außen, oder die neue Regierung ist auf die Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen. Dies ist das Wahrscheinliche, wenn sie außenpolitisch den Kurs einschlägt, den unsere Partei durch ihre Zustimmung zur letzten Note des Wiederherstellungsausschusses selbst mit festgelegt hat. Dann hätten wir also das sonderbare Schauspiel, daß wir zwar abgelehnt haben, in eine Regierung mit einem Volksparteiler einzutreten, daß wir aber einer Regierung mit mehreren Volksparteilern passive Unterstützung gewähren. Wir gestehen offen, daß uns in der Lage, in die uns die parlamentarisch-taktischen Manöver gebracht haben, nicht wohl ist. Mögen die politischen Kinder bei den Kommunisten darüber jubeln, daß sie es nun endlich zu einer „Stinnesregierung" auch im Reiche gebracht haben, und mögen sie nun täglich zu ihrem weiteren Ziele beten, daß auch die Deutschnationalen an die Regierung kommen, nur damit „Klarheit" geschaffen wird und scheinradikale Phrasen in ihrem ganzen falschen Glanze erstrahlen können. Wir denken an politische Wirklichkeiten, von deren Gestaltung wir nicht gerne zurückgedrängt sein möchten.

Wenn unsere Partei mutig, trotz Hunger und Verzweiflung in weiten Arbeiterschichten, sich nicht von Stimmungen zu einem frechtlosen, ja zu zeit für die Massen schädlichen Radikalismus treiben läßt, so muß sie auf der anderen Seite von den zur Koalition mit ihr drängenden bürgerlichen Parteien verlangen, daß sie gewissen allzu machtbewußten Militärkreisen ein festes Halt gebieten. Von der Rücksicht auf Dank oder Undank, auf Beifall oder Beschimpfung darf sich in so furchtbaren Zeiten kein Politiker leiten lassen. Es geht um Reich und Republik, um weitere Zerrüttung oder um Gesundung der Wirtschaft und damit um Leben oder Sterben für Millionen von Volksgenossen, die mit diesem Wirtschafts- und Kulturgebiete „Deutschland" untrennbar verbunden sind. Wenn

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221124016/fragment/page=0001

richtig ist, was niemand bestreitet, daß keine der jetzigen Parteien in sich alle die Kräfte verkörpert, die zu dem allgemeinen Rettungswerke notwendig sind, so müssen eben so viele Parteikörper zu einer vorübergehenden politischen Zweckgemeinschaft, die keine Gesinnungsgemeinschaft ist, zusammengefaßt werden, wie notwendig sind. Undenkbar kann dabei die Sozialdemokratie auch nur für längere Zeit ausgeschaltet werden. Wir wissen genau, daß trotz aller sonstigen harten Gegensätze in allen an den Verhandlungen dieser Woche beteiligten Parteien viel Verständnis für die Zwangsläufigkeit der Politik in der nächsten Zukunft vorhanden ist. Darum wird die unbefriedigende Lösung der Krise über kurz oder lang zu neuen Verhandlungen führen müssen."

Kein Vertrauensvotum der Sozialdemokraten.

Die Formel der Regierungserklärung.

Berlin, 24. November. (Eig. Drahtmeldung.) Am Donnerstag nachm. beschäftigte sich, wie der „Vorwärts" mitteilt, die sozialdemokratische Fraktion in einer fast dreistündigen Sitzung zunächst mit der Zusammensetzung des neuen Kabinetts, die allgemeine Mißstimmung hervorgerufen hat. Sicher ist, daß die Fraktion nicht daran denkt, einer positiven Vertrauensformel zuzustimmen. Der „Vorwärts" glaubt weiterhin mitteilen zu können, daß die neue Regierung auf ein positives Vertrauensvotum verzichtet. Sie will sich mit einer Billigungsformel begnügen, die das Wort „Vertrauen" nicht enthält und die nach Absicht der Antragsteller auch der Sozialdemokratie eine Zustimmung möglich machen soll. Die Formel soll in der Parteiführerbesprechung gesucht werden. Dazu bemerkt das Blatt: Sollte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach Anhörung der Regierungserklärung einer solchen Formel zustimmen, so würde das nicht mehr bedeuten, als daß sie sich den Zeitpunkt für einen entscheidenden Angriff selber wählen will. Dieser Zeitpunkt wird dann sehr bald kommen, wenn der Einfluß von Becker-Hessen und Müller-Lonn auf die Regierungspolitik sichtbar werden wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. November. In einer Nachmittagssitzung setzte der Reichstag am Donnerstag die Beratung seiner Geschäftsordnung fort. Zur Erörterung standen zunächst die kleinen Anfragen, deren Zahl in letzter Zeit außerordentlich angewachsen ist. Da eine einzige kleine Anfrage etwa 10 000 M. Unkosten verursacht, ist schon aus finanziellen Gründen eine Einschränkung dieses Fragenparadies geboten. Nach der neuen Geschäftsordnung soll daher jede kleine Anfrage 30 Unterschriften aufweisen, während bisher jeder Abgeordnete das Recht hatte, auf eigene Faust Anfragen nach Belieben hinausgehen zu lassen. Die Sozialdemokraten wollten die Zahl der notwendigen Unterschriften noch um die Hälfte, also 15, vermindern, während die Kommunisten sich gegen jede Einengung des parlamentarischen Fragerechts sträubten. Auf diesen Vorschlag einigte sich dann auch das Haus. Zur Einreichung von Interpellationen wurden 30 Unterschriften für erforderlich erachtet. Am Freitag um 1 Uhr wird der Reichskanzler Cuno sein Kabinett vorstellen.

Preußischer Landtag.

Berlin, 23. November. Der Preußische Landtag besprach in seiner Donnerstag-Sitzung die Personalpolitik bei Besetzung von Schulleiterstellen. Es lagen zwei große Anfragen vor, die schon vor sehr geraumer Zeit eingebracht waren. Die Unabhängigen, als sie noch nicht zum Lager der Mehrheitssozialisten übergesiedelt waren, und die Kommunisten hatten die Regierung interpelliert wegen Nichtberücksichtigung von Elternwahlen in Berlin, insbesondere wegen der Versetzung der Schulräte des Studienrats Dr. Lier zum Direktor des Diesterweg-Realschule. Die Abgeordneten Leid (Soz.) und Schüler (Komm.) griffen den Kultusminister Dr. Boelitz scharf an, indem sie ihm vorwarfen, die Nichtbestätigung sei aus politischen Gründen erfolgt und der Minister sei von seiner Partei zu seiner Stellung geradezu gezwungen worden. Minister Boelitz erhob sich sofort zur Antwort, trotz die Entschließung und die getroffenen Maßnahmen in einzelnen vor, wies den Angriff einer politischen Einstellung im allgemeinen und den eines Zwanges, der von seiner Partei aus ihn ausgeübt worden sei, in besonderem zurück. Er hob hervor, daß er persönlich sich stets an die Bestimmungen der Reichsverfassung gehalten habe. Der Satz, daß er es nicht dulden könne, daß als roter evangelischer Schulen Pfarrern bestimmt würden, die jeden ihren Austritt aus der evangelischen Landeskirche vollzogen hätten, rief dem stürmischen Beifall seiner Fraktion und der Rechten hervor. Kommunisten und Sozialdemokraten quittierten mit lebhaften Gegenkundgebungen. Natürlich ging es auch hier wieder ohne Ordnungsrufe nicht ab. Besonders der Abg. Scholem konnte sich nicht genug um an Beleidigungszwischenrufen. Das Haus beschloß die Besprechung der Anfragen. Die Redner der Rechten und des Zentrums kritisierten die Haltung der Berliner Bezirkskämmer. Gerade diese sei es, die bei der Wahl von leitenden Lehrpersonen an erste Stelle setzten die politische Zuverlässigkeit zu den Linksparteien, ohne dabei auf fachliche Befähigung den größeren Wert zu legen. Erneute Angriffe des Sozialdemokraten Bahlke richtete Minister Dr. Boelitz wiederum auf den Plan. Seine Erklärung, er könne als Minister nicht die Verantwortung dafür übernehmen, Dissidenten zu Rektoren evangelischer Schulen zu bestätigen, die er in noch schärferer Ausprägung als in der ersten Rede wiederholte, teilte wieder das ganze Haus in zwei Lager: rechts und in der Mitte stürmischer Beifall; links und besonders ganz links ebenso heftiger Protest.

150 proz. Gütertariferhöhung ab 1. Dezember.

Berlin, 24. November. (Eig. Drahtmeldung.) Wie aus dem Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, haben die Ermittelungen über die voraussichtlichen Ausgaben der Reichseisenbahnen für November und Dezember zu dem Entschluß geführt, für die Gütertarife zum 1. Dezember eine Erhöhung von 150 Prozent eintreten zu lassen. Weitere Steigerungen der Personentarife, und zwar unter stärkerer Heranziehung der höheren Klassen, sind zum 1. Januar zu erwarten.

Do kündigt seine Kündigung des Ueberschichtenabkommens.

Nach den letzten aus dem Ruhrgebiet nach Berlin gelangten Meldungen ist nicht mehr damit zu rechnen, daß das Ueberschichtenabkommen gekündigt wird. In einer Besprechung, die am Mittwoch in Bochum zwischen sämtlichen Bergarbeiterverbänden stattgefunden hat, einigte man sich schließlich, daß die Entscheidung in der Angelegenheit vorläufig ausgesetzt werden soll. Bei den nächsten Lohnverhandlungen soll auch über diese Frage gesprochen werden. Im übrigen ist festzustellen, daß trotz der syndikalistischen Propaganda, die Ueberschichten in den letzten Wochen ständig zugenommen haben, so daß gegenwärtig neunzig Prozent der Bergarbeiter Ueberschichten verfährt.

„Existenzsicherung für die Arbeiterschaft."

Berlin, 24. November. (Eig. Drahtmeldung.) Dem Reichsbetriebsrätekongreß wurden vom Reichsausschuß der Betriebsräte Richtlinien zur Existenzsicherung der Arbeiterschaft vorgelegt. Hierin wird die Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten, ihre Verteilung durch Genossenschaften unter Kontrolle der Arbeiter, Beschlagnahme von Luxuswohnungen und ihre Zuweisung an Wohnungslose verlangt, Kontrolle der Feldbestellung, Beschlagnahme des nichtbebauten anbaufähigen Landes und dessen genossenschaftliche Bewirtschaftung durch Landarbeiter wird gefordert. Für alle Arbeitsfähigen von 18 bis 55 Jahren soll Arbeitspflicht unter Kontrolle der Arbeiter eingeführt werden. Weitere Forderungen betreffen die Annullierung des Versailler Vertrages und alle anderen Ententediktate. Alle Auslandsguthaben sollen sofort beschlagnahmt und zu Reparationszwecken verwendet werden. Um diese Forderungen durchzusetzen, so heißt es in den Richtlinien, muß die Bildung einer Arbeiterwehr, gestützt auf Arbeiterwehren, Betriebsräte und Kontrollausschüsse der mobilisierten gesamten werktätigen Bevölkerung zur Verwirklichung dieses Rettungsprogramms erkämpft werden.

Ein neues Lebensmittelgesetz.

Mit der Neuregelung der Lebensmittelgesetzgebung beschäftigte sich in den Räumen der Handelskammer Berlin der Bund Deutscher Nahrungsmittelfabrikanten und -händler, Sitz Nürnberg, in mehrtägigen Beratungen unter Mitwirkung von Vertretern der beteiligten Reichs- und Landesbehörden, unter starker Beteiligung aller maßgebenden deutschen Fachverbände des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes, der Nahrungsmittelchemiker und der allgemeinen Spitzenorganisationen, wie Reichsverband der Deutschen Industrie, Zentralverband des Deutschen Großhandels, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Die Reichsregierung beabsichtigt, an Stelle des alten Nahrungsmittelgesetzes vom Jahre 1879 reichsverbindliche Begriffsfestimmungen auf Grund eines allgemeinen Rahmengesetzes zu erlassen. Der vorläufige Referentenentwurf eines solchen Gesetzes dürfte demnächst ausgearbeitet und dann von der Regierung der Oeffentlichkeit übergeben werden. Den Hauptpunkt der Beratungen bildete die vom Bund Deutscher Nahrungsmittelfabrikanten und -händler aufgestellte Forderung entscheidender Mitwirkung einer ausreichenden Vertretung der beteiligten Kreise des Lebensmittelverkehrs bei Ausübung der nach Paragraph 5 des neuen Entwurfs dem Reichsministerium des Innern gegebenen Befugnis, mit Zustimmung des Reichsrats Bestimmungen und Verbote zu erlassen.

Das Steigen der österreichischen Krone hat das Leben so verbilligt, daß der Teuerungsindex erheblich gefallen ist. Infolgedessen sind die Löhne in den meisten Industrieen abgebaut worden, die Herabsetzung beträgt in der chemischen Industrie 11 Prozent, in der Metallindustrie sogar 12½ Prozent.

„Der Versailler Vertrag unverbindlich".

Das Urteil eines norwegischen Völkerrechtslehrers.

In dem letzten Heft der „Deutschen Juristenzeitung" wird das Gutachten des norwegischen Völkerrechtslehrers Prof. Dr. A. Gjelsvik-Christiana über die Rechtsverbindlichkeit des Versailler Vertrages veröffentlicht. Prof. Gjelsvik stellt u. a. fest:

„Der frühere Reichsminister Dr. Simons erklärte seinerzeit: Alle Bestimmungen des Friedensvertrages sind zwar juristisch verbindlich, weil wir unterschrieben haben, aber nicht alle sind moralisch verbindlich. Moralisch verbindlich sind nur diejenigen, die mit dem Waffenstillstandsvertrag übereinstimmen.

Mit dieser Ansicht bin ich als Völkerrechtslehrer gar nicht einverstanden. Ich meine im Gegenteil, daß diejenigen Bestimmungen des Friedensvertrages, die nicht im Einklang mit dem Waffenstillstandsvertrag stehen, nicht nur moralisch, sondern auch juristisch unverbindlich sind. Man muß sich hierbei den Inhalt des Waffenstillstandsvertrages vergegenwärtigen, daß die Deutschen sich in dem Maße entwaffneten und Territorium in dem Umfange aufgaben, daß es unmöglich für sie war, den Krieg wieder aufzunehmen. Dies hat auch Wilson selbst im amerikanischen Kongreß zugegeben, indem er äußerte: „Nach diesem Waffenstillstandsvertrag ist es unmöglich für die Deutschen, den Krieg wieder aufzunehmen."

Wenn die Entente diese Situation so ausnützt, daß sie Friedensbedingungen diktiert, die nicht mit dem Waffenstillstandsvertrag übereinstimmen, so ist es ein völkerrechtlicher Betrug, der den Friedensvertrag juristisch ungültig machen muß. Man kann hier nicht einwenden, daß Gewalt oder Zwang gegen einen Staat eine anerkannte Weise ist, gültige Verträge herbeizuführen. Dieser Satz ist freilich im allgemeinen richtig, trifft aber in den vorliegenden Fälle gar nicht zu. Jeder Mensch mit natürlichem Rechtsgefühl empfindet dies auch unmittelbar. Wenn man einen Gegner durch Versprechungen dazu bewegt, die Waffen auszuliefern, so daß er den Krieg nicht weiterführen kann, und dann die Versprechungen nicht einhält, dann wäre es um das ganze Völkerrecht geschehen, und ein auf solchen Betrug aufgebauter Völkerbund kann kein wahrer Völkerbund werden, sondern nur dazu dienen, die Welt über den völkerrechtlichen Betrug eine Zeitlang hinwegzutäuschen. Man kann freilich während eines Krieges Kriegslisten benützen, aber man kann es nicht als erlaubte Kriegslist bezeichnen, daß man den Gegner bewegt, die für die weitere Kriegsführung nötigen Mittel auszuliefern, durch Versprechungen, daß er einen bestimmten Frieden erhalten werde, und dieses Versprechen dann nicht einhält. Jeder Mensch mit natürlichem Rechtsgefühl empört sich dagegen, und jeder Jurist muß sagen, daß auf diese Weise ein Recht unter den Völkern nicht bestehen kann.

Wenn man über die Heiligkeit der internationalen Verträge im allgemeinen spricht, so darf man die Heiligkeit des Waffenstillstandsvertrages nicht vergessen. Er muß die Grundlage eines neuen und wahren Friedensvertrages bilden."

Die Erhaltung der Kriegergräber.

Die dauernde Erhaltung der Kriegergräber entspricht der hohen sittlichen Bedeutung des Soldatentodes im Kriege. Ihre Fürsorge für sie ist eine Ehrenpflicht des Reiches und der Länder. Sie soll nach dem dem Reichstag zugegangenen Gesetze über die Erhaltung der Kriegergräber aus dem Weltkrieg da einsetzen, wo eine anderweite Pflege, etwa von Angehörigen, sonstigen Privatpersonen, Friedhofsträgern, Körperschaften, Vereinen, in nicht ausreichendem Maße vorhanden ist. Sie erstreckt sich auf die Erhaltung der Gräber in würdiger und einfacher Form. Die Kosten sollen zwischen Reich und Ländern verteilt werden. Das Gesetz stellt für alle Kriegergräber auf öffentlichen Begräbnisplätzen, auf denen nur ein Ruherecht von beschränkter Dauer besteht, die dauernde Erhaltung sicher. Den Heeres- und Marineangehörigen sind die in der Gefangenschaft verstorbenen deutschen Zivilinternierten und die Verbündeten gleichgestellt. Das Gesetz gilt auch für die im Reichsgebiet bestatteten Angehörigen der feindlichen Mächte.

Unsere Postbesteller,

also diejenigen unserer Abonnenten, die die Zeitung direkt bei der Post bestellt haben, bitten wir, uns den Differenzbetrag zwischen dem November-Bezugspreis von 190 Mark und dem bei der Bestellung bei der Post im Oktober noch gültigen Preis von 120 Mark, also 70 Mark, baldigst auf unser Postscheckkonto Leipzig 22815 überweisen zu wollen. Die Zeitungspreise sind nämlich seit 1. Oktober freibleibende und die Verlage sind berechtigt, bei den bei der Post bestellten Vierteljahrs-Abonnements den Differenzbetrag, der sich zwischen dem normalen Bezugspreis und dem bei der Bestellung gültigen ergibt, von den Postbestellern direkt einzuziehen. Nichteinzahlung des Differenzbetrags von 70 Mark würde die Einstellung der Weiterlieferung der Zeitung über den 1. Dezember zur Folge haben. **Bis zum 25. November müssen die Differenzbeträge eingezahlt sein.**

Saale-Zeitung.

Kunst und Wissenschaft

Robert Franz-Singakademie.

Requiem von Cherubini.

Unter den beiden Requiems von Cherubini ist das in C-Moll nicht nur das bedeutendere, sondern überhaupt eines der schönsten in der Literatur der Totenmessen. Für unsere Robert Franz-Singakademie ist es sozusagen traditionell geworden. Franz brachte es bereits im zweiten Jahre (1843) seiner Direktionstätigkeit als Neuigkeit für Halle heraus, und seitdem hat es an dieser Stelle häufige Aufführungen erlebt. Auch diese im Dom unter Prof. Alfred Rahlwes' Leitung gebotene Wiedergabe zeigte dank sorgfältiger Vorbereitung von neuem die durch ein Jahrhundert nicht im mindesten abgeschwächten Vorzüge der Komposition. Der dunkle elegische Grundton, der nur notübergehend sich zum Ausdruck verzweiflungsvollen Schmerzes steigert, aber auch kaum lichtere Farben zur Geltung kommen läßt, wurde in der poesievollen Abstimmung des Chorklanges wohlgetroffen und bannte den Hörer zu tiefer Ergriffenheit.

Das Konzert wurde eingeleitet mit der „Mönie", mit welcher einst Brahms seinem toten Freunde, dem Maler Anselm Feuerbach, ein Erinnerungsblatt widmete. Der Geist griechischen Schönheitsinnes, in welchem beide wahlverwandt sich berührten, sann in Schillers Gedicht den geeigneten Hintergrund. In der schönen Linienführung der Melodie hat Brahms in der Tat etwas von diesem Geist in Musik umgesetzt, während das Orchesterkolorit doch etwas spröde behandelt ist. Auch in diesem Chor bewährte sich Rahlwes als verständnisvoller Neuschöpfer der darin enthaltenen Stimmungswerte.

In vier biblischen Liedern von Dvorak lernte man in Hetta v. Schmidt eine Altistin von sehr guter stimmlicher Begabung und natürlichem Ausdrucksvermögen kennen. Allerdings brauchte der Ton, besonders in der Mittellage, zuviel Zeit, bis er sich zu vollem Glanze entwickelte, so daß er häufig — im zweiten Liede vornehmlich — im Orchesterklang unterging. Das Stadttheaterorchester erfüllte seine Aufgabe mit gutem Gelingen.

Dr. H. Kleemann.

Stadttheater. Heute, Freitag 7½ Uhr, geht der Schwank „Neunzehnhundertneunzehn" von Impekoven und Malbern in Szene. Morgen, Sonnabend 7½ Uhr: „Ein Maskenball", Oper von Verdi. Sonntag, 7½ Uhr: „Der fliegende Holländer" von Richard Wagner mit Willi Sonnen in der Titelpartie. Montag: „Die versunkene Glocke" von Gerhart Hauptmann.

Im Thaliatheater wird Sonntag 7½ Uhr Max Halbes Drama „Der Strom" wiederholt. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters.

Johann Strauß-Abend der Volksbühne. Als zweites Orchester-Konzert der Volksbühne findet am Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Volkspark ein Johann Strauß-Abend statt, ausgeführt vom Stadttheater-Orchester unter Hans Stiebers Leitung; als Solistin wirkt Frl. Martha Kalb vom Stadttheater mit. Der Kartenverkauf (25 Mark einschl. Kleiderablage) beginnt am 24., 6—8 Uhr abends in der Geschäftsstelle. — Spieltage nächster Woche: die versunkene Glocke: Montag (M) und Donnerstag (D); Der fliegende Holländer: Mittwoch (H).

Der Bunte Abend im Thaliatheater, den die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen zum Besten der Altersheime veranstaltet, findet am Dienstag, dem 28. November, 8 Uhr statt. Das reichhaltige Programm enthält Gesangsvorträge (Lieder und Arien) von Charlotte Böcker, Anna Engbardt, Olga Georg, Heinrich Tessmer. Alfred Durra rezitiert Balladen von Heine, Albert Wollet heitere Gedichte, Halla Haller und Alfred Durra tragen Volkslieder und lustige Lieder zur Laute vor. Außerdem werden Schülerinnen von Fräulein Hedwig Rottebohm künstlerische Tänze vorführen. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters (zu den üblichen Eintrittspreisen des Thaliatheaters) und an der Abendkasse im Thaliatheater.

Schachtabel-Quartett. Auf den morgen stattfindenden 2. Kammermusikabend sei nochmals hingewiesen. Karten bei Holtan.

Die zweite Morgenfeier im Stadttheater, die „Deutschösterreich an der Schwelle der Gegenwart umfaßt, findet am Sonntag, dem 3. Dezember, 11½ Uhr vormittags, statt. Zur Aufführung kommen Hugo von Hofmannsthals „Die Frau im Fenster" und ein Einakter aus Schnitzlers Anatol-Zyklus. Den einleitenden Vortrag hält der bekannte Literaturhistoriker Dr. Hugo Bieber (Berlin).

Bruno Heydrichs Konservatorium veranstaltete unter der Leitung des Herrn Direktors Bruno Heydrich gestern im Theatersaal des Konservatoriums in der Glückestraße seine 231. Aufführung, einen Opernabend in Kostümen. Im Konzertteil spielten die Damen Hilde Kaufmann und Joh. Jacobi, Anita Wendt und Lotte Heine vierhändig Diabellis Sonate op. 33, 3. Satz und den Militärmarsch von Schubert fleit und stimmungsvoll. Fräulein Martha Ernst, eine junge Dame mit bemerkenswerter Bühnentechnik, sang die Arie der Marie aus dem Waffenschmied, Fräulein Marg. Gottlieb die Arie der Agathe aus dem Freischütz, Fräulein Margarete Siebert die Fidesarie aus dem Propheten und Fräulein Friedel Winkler die der Elisabeth aus Tannhäuser. Am geschicktesten und vollsten klang die Stimme von Fräulein Marg. Gottlieb. Besonders die Höhenlagen, die sonst nicht immer einwandfrei erklommen wurden, waren rein und klar. Herr Hermann Passauer, ein Bassist von ausgezeichneten Anlagen, sang das düstere „Wirtshaus" von Schubert und die hohe Anforderungen stellende Ballade von Archibald Douglas. Dann gelangte Bassisten und Bassisteine, die reizende Komposition des 12jährigen Mozart, zur Aufführung. Hier erfreute die Künstlerin Fräulein Trude Eichhorn als Bassisten mit einer sehr guten Wiedergabe dieser Rolle. Fräulein Marie Hendrich als Bassisteine spielte und sang die reizende Kokotschärie mit ungekünstelter Grazie ganz im Mozartschen Sinne, naiv, neckisch und tüchtig verliebt. Herr Paul Peters als Colas, der vermeintliche Zauberer, stand in der Mitte dieses Dreigestirns des Hendrichschen Opernhimmels. Direktor Bruno Hendrich begleitete am Klavier. Gute Schulung, viel Fleiß und Kunstverständnis sprach aus den Darbietungen.

Die Vereinigung ehem. Schüler des Reform-Realgymnasiums zu Halle war gestern Veranstalter eines Konzertes in der Aula des Reform-Realgymnasiums. Die Vortragsfolge brachte Lieder von Schubert, Wolf und Dvorak, die Es-dur-Sonate von Beethoven und Chopin. Ausführende waren Dr. Hans Gaartz und Else Martin, deren anerkannte Künstlerschaft reichen Genuß brachte; als Pianistin von tüchtigem Können stellte sich Tutti Bamberger (Berlin) vor.

Berufung eines deutschen Professors nach Aegypten. Der bekannte Wiener Ophthalmologe, Universitätsprof. Primarius Dr. Moritz Sachs, wurde eingeladen, in diesem Winter einige Wochen in Alexandrien und Kairo zum Studium der dortigen Augenkrankheiten zu verbringen. Professor Sachs hat die Einladung angenommen und wird im Dezember in Aegypten Aufenthalt nehmen.

Eine neue musikalische Komödie. In Neuen Wiener Stadttheater fand die Uraufführung der musikalischen Komödie „Die Siegerin" von Oskar Friedmann-Luzer und Bela Jenbach statt. Der für die Bühne vom Staatsoperntapellmeister Josef Klein eingerichteten Komödie, deren Musik von Peter J. Tschaikowsky stammt, war ein lebhafter Erfolg beschieden.

Wißmannfeier in Hamburg. Am Gedenktage der Schlacht von Tanga (im Jahre 1914) wurde im Garten der jungen hamburgischen Universität das Denkmal des großen Afrikaforschers und Eroberers und ersten Gouverneurs von Deutschostafrika Hermann Wißmann, das 10 Jahre lang in Daressalam gestanden hat, in Anwesenheit der Witwe und der Kinder Wißmanns aufgestellt. Außer den hamburgischen Staats- und Universitätsbehörden waren auch Vertreter der Reichsbehörden, u. a. der Vorsitzende des Denkmalausschusses Dr. Müller, Staatssekretär im Ministerium für Wiederaufbau, anwesend.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221124016/fragment/page=0002